



Kreis Mettmann  
Der Kreistag

Sozialausschuss

---

Es informiert Sie:	Barbara Leuchter
Telefon:	02104/99-2173
Fax:	02104/99-842173
E-Mail:	barbara.leuchter@kreis-mettmann.de

Mettmann, den 05.03.2014

### **Niederschrift**

zur Sitzung des Sozialausschusses

Sitzungstermin Donnerstag, den 20.02.2014, 15:03 Uhr

Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Zimmer 1.604 (kleiner Sitzungssaal)

Anwesend waren:

#### **Vorsitz**

Michael Pätzold

#### **Mitglieder**

Eleonore Altvater  
Wolfgang Diedrich  
Dr. Uwe Koppe  
Moritz Körner  
Gertrud Laßmann  
David A. Lungen  
Klaus Müller  
Reinhard Ockel  
Meinolf Oexmann  
Renate Petschull  
Peter Ratajczak  
Sybille Schettgen  
Anne Sprenger  
Margret Stolz  
Elke Thiele  
Christine Trube  
Peter Vahlsing

#### **Verwaltung**

Sabine Bretschneider  
Arlin Cakal-Rasch  
Annette Herz  
Birgit Jommersbach

Rainer Krause  
Barbara Leuchter  
Thomas Müller  
Martin M. Richter

### **Gäste**

Martina Würker

## **Tagesordnung**

### **Öffentlicher Teil**

1. Formalien
  - 1.1. Eröffnung der Sitzung
  - 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
  - 1.3. Feststellung der Anwesenheit
  - 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
  - 1.5. Feststellung der Tagesordnung
  - 1.6. Benennung von Berichterstatterinnen / Berichterstattern für den Kreistag
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 18.11.2013
3. Informationen der Verwaltung
4. Informationen aus dem Jobcenter ME-aktiv 50/003/2014
5. Zielvereinbarung mit der Arbeitsagentur und dem Jobcenter ME-aktiv 50/004/2014
6. Schuldnerberatung als flankierende Eingliederungsmaßnahme nach § 16a SGB II  
- Vereinbarungen mit den Schuldnerberatungsstellen sowie dem Jobcenter ME-aktiv 50/005/2014
7. Programm ALTERnativen 60plus  
- Bericht über die Entwicklung in den Seniorenbegegnungsstätten 50/001/2014
8. Kreisintegrationszentrum
  - 8.1. Kreisintegrationszentrum: Aktueller Sachstand 50/006/2014
  - 8.2. Kreisintegrationszentrum: Abschlussbericht Aktivcenter U25 "Ausbildungsfit" 50/007/2014
  - 8.3. Kreisintegrationszentrum: Integrationskompass 50/008/2014
9. Offene Beschlüsse, Prüf- und Arbeitsaufträge des Sozialausschusses - Berichtszeitraum 01.01. - 31.12.2013 50/002/2014

10. Nachträge

Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes, Verwendung 50/011/2014

10.1. der Mittel

- Anfrage der Fraktion DIE LINKE. vom 06.02.2014

Anfrage Stellenausschreibungen Sozialamt;

10.2. mündliche Anfrage von KA Ockel

**Nicht öffentlicher Teil**

11. Informationen der Verwaltung

12. Nachträge

**Öffentlicher Teil**

**Zu Punkt 1: Formalien**

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Tagesordnung, die Anwesenheit sowie die Beschlussfähigkeit fest. Ebenso begrüßt er als Gast den Vertreter des Caritasverbandes.

Eine Berichterstattung muss nicht benannt werden.

Neben den ordentlichen Mitgliedern sind folgende Vertreter erschienen:

KA Ratajczak für SB Hustädt  
KA Müller für KA Nessler-Mannheim  
SB Petschull für KA Schnitzler  
KA Laßmann für SB Kaiser

Es liegen zwei Anfragen der Fraktion DIE LINKE als Tischvorlagen vor (zu den Tagesordnungspunkten 5. und 10.1) sowie die Schaubilder des Jobcenters ME-aktiv zum TOP 4 im Farbausdruck.

KA Ockel beantragt, eine Anfrage zum Thema Stellenausschreibungen im Sozialamt unter Nachträge zu beantworten. Der Ausschuss erhebt keine Einwände, die Tagesordnung um den TOP 10.2 - Anfrage Stellenausschreibungen Sozialamt – zu erweitern.

**Zu Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 18.11.2013**

Die Niederschrift vom 18.11.2013 wird einstimmig genehmigt.

**Zu Punkt 3: Informationen der Verwaltung**

Herr Richter berichtet über den Fachtag des Runden Tisches gegen häusliche Gewalt am 27.11.13 im Kreishaus Mettmann zum Thema "Ein Bündnis gegen häusliche Gewalt. Viele Kulturen, ein Ziel. Familie wandelt sich – Erziehung auch?".

Mit über 90 Gästen war die Resonanz unter den Vertretungen von Kreispolitik, Einrichtungen der Kindertagespflege und Grundschulen im Kreis, Jugendpflege sowie freien Trägern, Integrationsverbänden und Migrantenselbstorganisationen sehr groß.

Nach der Begrüßung des Landrats referierte Professor Doktor Ahmet Toprak von der Fachhochschule Dortmund über verschiedene „Familientypen“ und seine Studien dazu. Der Fokus dieser Fachveranstaltung lag auf dem Thema „Migrantenfamilien im Wandel“.

Der Appell an die Tagungsteilnehmerinnen und Teilnehmer lautete, dass eine zukunftsorientierte Prävention von häuslichen Gewalttaten mit dem Verständnis über die familiäre Erziehung beginnt, da Kinder und Jugendliche aller Kulturkreise hauptsächlich am Beispiel ihrer Eltern lernen.

Informationsmaterial zu dem Thema kann bei der Gleichstellungsstelle unter [gleichstellungsstelle@kreis-mettmann.de](mailto:gleichstellungsstelle@kreis-mettmann.de); Telefonnummer: 02104/99-1023 oder über die Homepage des Kreises Mettmann unter [www.kreis-mettmann.de](http://www.kreis-mettmann.de) angefordert werden.

<b>Zu Punkt 4: Informationen aus dem Jobcenter ME-aktiv - Vorlage Nr. 50/003/2014</b>
---

Frau Würker berichtet über die neuesten Entwicklungen aus dem Jobcenter ME-aktiv. Zu den vorgelegten Tabellen und Schaubildern erklärt sie, dass sich hierin vereinzelt Fehler eingeschlichen haben, die jedoch keine Auswirkungen auf das vorgelegte Zahlen- und Datenmaterial haben. Eine korrigierte Ausfertigung wird dem Protokoll beigelegt. Des Weiteren erläutert sie die Infos aus dem Datenblatt zu den Widersprüchen.

Weitergehende Informationen:

- Umzug der Geschäftsstelle Haan nach Hilden (Ende 2013) – Vor-/Nachteile
- ALLEGRO – neue Software im Leistungsbereich, 10 Mitarbeiter/innen befristet eingestellt, seit Januar 2014 Vorbereitungsarbeiten
- bundesweite Umfrage zur Personalbemessung im Leistungsbereich
- erfolgreicher Start der Joboffensive Mettmann

KA Laßmann fragt an, ob es bei den SGB II-Beziehern mit Erwerbseinkommen Erkenntnisse darüber gibt, wie viele der knapp dreitausend sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse (svB) von Leistungsbeziehern solche in Teilzeit oder Vollzeit sind. Frau Würker sichert zu, eine Aufstellung zum Protokoll zu geben.

Hinweis

Frau Würker hat die folgenden Angaben zum Protokoll nachgereicht:

Danach arbeiten 38% der svB-SGB II Bezieher in Vollzeit und 62% in Teilzeit.

Auf die Anfrage von KA Stolz erklärt Frau Würker, dass sich die Personalsituation auch in anderen Jobcentern aus den Vergleichsregionen problematisch darstellt. Beim Jobcenter in Krefeld allerdings gäbe es überhaupt keine Probleme bzgl. der Personalausstattung.

KA Ockel weist darauf hin, dass eine Vergleichbarkeit mit anderen Jobcentern schwierig sei, wichtig ist, dass die Situation vor Ort verbessert werden kann.

Herr Richter erinnert daran, dass es ausdrücklicher Wunsch des Ausschusses war, diese Vergleiche herzustellen und regelmäßig hierüber zu berichten. Im Falle von Abweichungen ist es interessant zu erfahren, warum sich die Zahlen in einem der Vergleichstypen besser darstellen.

Inzwischen sind seitens der Bundesagentur für Arbeit bundesweit neue Vergleichstypen definiert und darauf basierend neue Vergleichsgruppen gebildet worden. Das Jobcenter Mettmann befindet sich seit dem 01.01.2014 in einer Vergleichsgruppe mit überwiegend weiteren Jobcentern aus NRW.

Die Frage von KA Laßmann bzgl. der Kostensteigerung für Unterkunft und Heizung beantwortet Frau Würker u.a. unter Hinweis auf den Anstieg der Singlehaushalte, der Miet- und Energiekosten.

Nachdem keine weiteren Fragen vorliegen, werden die Ausführungen der Geschäftsführung des Jobcenters ME-aktiv zur Kenntnis genommen.

<b>Zu Punkt 5: Zielvereinbarung mit der Arbeitsagentur und dem Jobcenter ME-aktiv - Vorlage Nr. 50/004/2014</b>
---

Herr Richter erläutert kurz die Vorlage und sichert zu, die Zielvereinbarung nach erfolgreicher Abstimmung zu versenden. Da der Abstimmungsprozess zum Zeitpunkt des Versandes dieser Niederschrift jedoch noch nicht abgeschlossen ist, wird die Zielvereinbarung nachgereicht. Des Weiteren geht Herr Richter auf die Anfrage der Fraktion DIE LINKEN vom 14.02.2014 ein.

Wie von Herrn Richter zugesagt, wird nachfolgend die Antwort der Verwaltung zu Protokoll gegeben:

**Antwort der Verwaltung zur Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 14.02.2014  
„Zielvereinbarung mit der Arbeitsagentur und dem Jobcenter ME-aktiv“**

**1. Wie viele Kunden ohne Abschluss wurden im Jahr 2013 zu Fachkräften ausgebildet?**

*2013 haben 80 Kundinnen und Kunden eine abschlussorientierte Qualifizierung/ „Erstausbildung Erwachsener“ aufgenommen. Diese Qualifizierungen dauern je nach Ausbildungsinhalt/Berufsziel ein Jahr und länger.*

**2. In welchen Bereichen wurden Fachkräfte ausgebildet?**

*Erstausbildungen Erwachsener finden sich in rund 25 Berufen, vom Dachdecker bis zur Erzieherin. Schwerpunkte in den Bereichen Altenpflege(hilfe), Fachinformatik, in den Büroberufen und in der Elektrobranche. Abschlussorientierte Qualifizierungen können aber beispielsweise auch im Bereich SAP oder als Vorbereitung auf eine „Externenprüfung“ durchgeführt werden.*

**3. Wie viele der Kunden, die eine Ausbildung erfolgreich abgeschlossen haben, konnten im Anschluss in eine sozialversicherungspflichtige Arbeit vermittelt werden?**

*Im Jahr 2013 haben 48 Kunden eine Erstausbildung mit beruflichem Abschluss beendet (Beginnjahre 2010 bis 2012). Mit Mail vom 21.02.2014 konnte die Geschäftsführung des Jobcenters das Ergebnis der Auswertung mitteilen, wonach 27 Kunden innerhalb von sechs Monaten nach Beendigung der Ausbildung in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung integriert werden konnten. Die Förderpolitik war in der Vergangenheit im Bereich der abschlussorientierten Qualifizierung restriktiver.*

*Hinweis: die Bereitschaft der Leistungsberechtigten, eine längerfristige Qualifizierung durchzuführen oder eine Erstausbildung im Erwachsenenalter zu absolvieren muss gefördert werden. Die Bedenken sind naheliegend: leistungsfähige Kunden wägen oftmals zwischen Beschäftigung (kurzfristige Arbeitsaufnahme, Einkommen aus Nebentätigkeit) und einer Qualifizierung mit Unterhaltsgeld in Höhe der Regelleistungen ab und entscheiden sich gegen eine Qualifizierung, die für sie auch mit dem Risiko des Scheiterns verbunden ist.*

Die Ausführungen zur Zielvereinbarung mit der Arbeitsagentur Mettmann und dem Jobcenter ME-aktiv werden zur Kenntnis genommen.

**Zu Punkt 6: Schuldnerberatung als flankierende Eingliederungsmaßnahme nach § 16a SGB II**  
- Vereinbarungen mit den Schuldnerberatungsstellen sowie dem Jobcenter ME-aktiv  
- Vorlage Nr. 50/005/2014

Herr Richter unterrichtet darüber, dass alle Träger die Vereinbarung unterschrieben haben.

Frau Sprenger begrüßt grundsätzlich die Zielvereinbarung (vgl. TOP 5), bedauert aber, dass die kommunale Eingliederungshilfe für Menschen mit Suchtproblemen nicht in der Zielvereinbarung berücksichtigt wurde. Herr Richter erklärt, dass die Suchtberatung für SGB II-Empfänger vom Jobcenter noch nicht optimal genutzt wird. Hierzu werden noch Gespräche stattfinden.

Verwaltungsseitig wird erläutert, dass das Thema psychosoziale Betreuung bis Ende 2014 aufbereitet werden soll.

Auf Anfrage von KA Trube hinsichtlich der Wartezeiten für die Schuldnerberatung wird verwaltungsseitig erklärt, dass diese entsprechend der Vereinbarungen grundsätzlich eingehalten werden können.

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

**Zu Punkt 7: Programm ALTERNativen 60plus**  
- Bericht über die Entwicklung in den Seniorenbegegnungsstätten  
- Vorlage Nr. 50/001/2014

Herr Richter ergänzt zur Vorlage, dass die Neuausrichtung der Seniorenbegegnungsstätten erfolgreich war. Im Rahmen einer seniorengerechten Quartiersentwicklung kann er sich die Seniorenbegegnungsstätten als guten Kooperationspartner vorstellen. Hierzu werden im Laufe des Jahres 2014 in Abstimmung mit den KA Städten Gespräche mit den Trägern und Leiterinnen geführt.

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

**Zu Punkt 8: Kreisintegrationszentrum**

**Zu Punkt 8.1: Kreisintegrationszentrum: Aktueller Sachstand**  
- Vorlage Nr. 50/006/2014

Herr Richter erklärt, dass die Abkürzung in Anlehnung an die landesweiten Kommunalen Integrationszentren aus rechtlichen Gründen nicht mehr KIZ, sondern KI lautet. Im Kreisintegrationszentrum Mettmann (kurz KI ME) sind seit Anfang des Jahres alle Stellen besetzt. Das Interesse an der Arbeit des KI ME ist kreisweit sehr groß. So haben an einer Fachtagung zu den Themen „Deutsch als Fremdsprache/Deutsch als Zweitsprache (DaF/DaZ)“ sowie „Seiteneinsteigerberatungen“ 63 Lehrerinnen und ein Lehrer teilgenommen.

Seiteneinsteigerberatungen zielen darauf ab, neuzugewanderte Kinder und Jugendliche in die für sie richtige Bildungseinrichtung zu vermitteln. Dabei stellen strukturelle Veränderungen, z.B. die Schließung von Hauptschulen, die Akteure vor große Herausforderungen. Andererseits gilt es, Kinder mit entsprechender Eignung auch in andere Schulformen, z.B. Gymnasien oder Realschulen, aber auch Berufskollegs zu vermitteln.

Auf die Anfrage von KA Trube erklärt Herr Richter, dass die Dokumentation der Integrationskonferenz kurz vor der Veröffentlichung steht.

Anmerkung: Die Dokumentation kann jetzt unter [www.kreis-mettmann.de/integration](http://www.kreis-mettmann.de/integration) heruntergeladen werden.

**Zu Punkt 8.2: Kreisintegrationszentrum: Abschlussbericht Aktivcenter U25 "Ausbildungsfit"  
- Vorlage Nr. 50/007/2014**

Herr Richter und Frau Würker verweisen auf den großen Erfolg der Maßnahme, welche am Berufkolleg Ratingen durchgeführt wurde. Auch in den letzten Jahren haben dort vergleichbare Integrationsprojekte stattgefunden. Gemeinsam mit der Handwerkskammer und sehr engagierten Mitarbeitenden im Projekt und in der Verwaltung gelingt es, junge Menschen fit für eine Ausbildung zu machen oder in ein Arbeitsverhältnis zu vermitteln. Auf Anfrage von KA Trube erklärt Frau Würker, dass die Teilnehmenden sich für das Projekt bewerben müssen, danach erfolgt ein Auswahlverfahren.

KA Müller erkundigt sich nach der Nachhaltigkeit in Bezug auf das Betreuungsklientel. Frau Würker erläutert, dass eine Vereinbarung zwischen dem Jobcenter und dem Träger besteht, wonach regelmäßige Zwischenberichte über den Verlauf und ein Abschlussbericht zu erstellen sind.

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

**Zu Punkt 8.3: Kreisintegrationszentrum: Integrationskompass  
- Vorlage Nr. 50/008/2014**

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

**Zu Punkt 9: Offene Beschlüsse, Prüf- und Arbeitsaufträge des Sozialausschusses  
- Berichtszeitraum 01.01. - 31.12.2013  
- Vorlage Nr. 50/002/2014**

Auf Anfrage von KA Trube zum Punkt "Einführung eines Leistungscontrollings" führt Herr Richter aus, dass aufgrund der angespannten Personalsituation das Controlling noch nicht weiter aufgebaut werden konnte. Aktuell sind einige Stellen ausgeschrieben, so dass dieses wichtige Thema wohl bald wieder aufgegriffen werden kann.

Die Übersicht über offene Beschlüsse, Prüf- und Arbeitsaufträge des Sozialausschusses aus dem Jahr 2013 wird zur Kenntnis genommen.

**Zu Punkt 10: Nachträge**

**Zu Punkt 10.1: Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes,  
Verwendung der Mittel  
- Anfrage der Fraktion DIE LINKE. vom 06.02.2014  
- Vorlage Nr. 50/011/2014**

Die Anfrage der Fraktion DIE LINKE wurde zusammen mit der Antwort der Verwaltung im Vorfeld verschickt und liegt als Tischvorlage vor.

Herr Richter verweist auf den immensen Aufwand, den die Beantwortung dieser Vorlage verursacht hat. Neben dem Kreissozialamt mussten auch die KA Städte und das Jobcenter mit einbezogen werden.

KA Trube bedankt sich bei der Verwaltung.

Die Antwort der Verwaltung auf die Anfrage der Fraktion DIE LINKE wird nachfolgend zu Protokoll gegeben:

**1) Wie viele leistungsberechtigte Personen für das Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) gab es 2013 in den verschiedenen Rechtskreisen (SGB II, SGB XII, Bundeskindergeldgesetz, Wohngeldgesetz sowie Asylbewerberleistungsgesetz)?**

<b>2013</b>	<b>BKGG (Wohngeld, Familienzuschlag)</b>	<b>SGB II</b>	<b>SGB XII</b>	<b>AsylbLG</b>
Leistungsberechtigte	5.931	14.881	666	303

**Hinweis zum BKGG**

*Die Datenlage ist unbefriedigend, da kein statistisches Auswertprogramm, und damit keine verlässliche Grundlage, vorliegt. Derzeit wird daher in Abstimmung mit den kreisangehörigen Städten für den Personenkreis der Wohngeldempfänger ein Datenportal aufgebaut. Bereits im Jahr 2013 hat der Kreis Mettmann Bemühungen unternommen, aktuelle Daten von der Familienkasse zu erhalten. Dieses ist nach Auskunft der Kindergeldkasse der Bundesagentur für Arbeit nicht möglich.*

**Hinweis zu Asylbewerberleistungen**

*Bildungs- und Teilhabeleistungen können nur diejenigen Asylbewerber beanspruchen, die Leistungen gem. § 2 AsylbLG i.V.m. SGB XII erhalten (sog. „Analogleistungen“). Die Zuständigkeit für die Leistungsberechtigten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) liegt ausschließlich bei den kreisangehörigen Städten. Die entstehenden Kosten sind von den Städten zu tragen. Auch hier steht kein Auswertprogramm zur Verfügung.*

**a. Wie verlief seit Inkrafttreten des BuT (1.04.2011, rückwirkend zum 1.01.2011) die Entwicklung der Anzahl der anspruchsberechtigten Kinder und Jugendlichen im Kreis Mettmann (bitte prozentual angeben)?**

*Wie unter 1) dargestellt, arbeitet der Kreis derzeit daran, eine solide Datenbasis für den Personenkreis des BKGG (Wohngeldberechtigte) zu schaffen. Für die anderen Personenkreise sind lediglich sehr geringfügige Schwankungen festzustellen.*

**b. Wie verlief seit Inkrafttreten des BuT die Entwicklung der Anzahl der Antragsstellungen im Verhältnis zu den Leistungsberechtigten?**

*Es erfolgt keine personengenaue, statistische Erfassung der Anträge. Soweit mehrere Anträge für eine Person gestellt werden, ist dies nicht erfasst. Von daher kann hierzu keine exakte Aussage getroffen werden. Nach hiesiger Einschätzung ist eine kontinuierliche leichte Steigerung festzustellen.*

**2) Wie viele Leistungen des BuT-Pakets sind in 2013 beantragt worden (bitte**

**differenziert nach Leistungsart und Rechtskreis auflisten, für die Monate Mai bis Dezember 2013)?**

*Das MAIS NRW hat die statistische Meldung umgestellt, sodass nunmehr keine monatliche Erfassung mehr erfolgt. Von daher werden die Angaben in der nachfolgenden Tabelle für das gesamte Jahr 2013 aufgeführt.*

**a. Wie viele dieser Anträge wurden in 2013 positiv bzw. abschlägig beschieden?**

**b. Wie hoch ist der Anteil der positiv beschiedenen Anträge für die verschiedenen Leistungen (bitte nach Leistungsart differenzieren) in Relation zu den gestellten Anträgen?**

<b>BKGG</b>	Anträge	Bewilligungen	Ablehnungen	Anteil Bewilligungen <sup>1</sup>
Schulausflüge / Klassenfahrten einschl. Kita	900	855	51	95%
Schulbedarfspaket	2.120	2.159	36	102%
Schülerbeförderungskosten	51	14	10	27%
Lernförderung	227	220	27	97%
Mittagsverpflegung	1.496	1.456	38	97%
Soziale und kulturelle Teilhabe	1.175	1.183	42	101%

<b>SGB II</b>	Anträge	Bewilligungen	Ablehnungen	Anteil Bewilligungen <sup>1</sup>
Schulausflüge / Klassenfahrten einschl. Kita	1.903	1.805	64	95%
Schulbedarfspaket <sup>2</sup>	-	2.061	14	100 %
Schülerbeförderungskosten	178	37	67	21%
Lernförderung	753	572	56	76%
Mittagsverpflegung	4.337	3.148	64	73%
Soziale und kulturelle Teilhabe	2.461	1.577	95	64%

<sup>1</sup> Mehr Bewilligungen als Anträge sind möglich, wenn Anträge aus 2012 mit einfließen. Bsp.: Antrag auf Soziale u. kulturelle Teilhabe wird im November 2012 für 2013 gestellt; Bewilligung erfolgt in 2013

<sup>2</sup> antragsunabhängig

<b>SGB XII<sup>3</sup></b>	Anträge	Bewilligungen	Anteil Bewilligungen <sup>1</sup>
Schulausflüge / Klassenfahrten einschl. Kita	32	120	375 %
Schulbedarfspaket	56	260	464 %
Schülerbeförderungskosten	2	7	350 %
Lernförderung	5	24	480 %
Mittagsverpflegung	57	155	272 %
Soziale und kulturelle Teilhabe	31	117	377 %

<sup>3</sup> Daten des SGB XII sind nicht an das MAIS NRW zu melden. Es werden keine weiteren statistischen Daten erfasst.

### **c. Wie hoch ist der entsprechende Verwaltungsaufwand?**

*Der Kreis hat gemeinsam mit den kreisangehörigen Städten eine Organisationsuntersuchung vorgenommen. Hier sind durchschnittliche Bearbeitungszeiten ermittelt worden (siehe 2 d). In den kreisangehörigen Städten fällt entsprechend der Organisationsstrukturen und Bedarfe jeweils ein individueller Verwaltungsaufwand an. Für das Jobcenter sind insgesamt 11 Stellen für die Aufgabenwahrnehmung geschaffen und besetzt worden.*

### **d. Wie lange ist die durchschnittliche Bearbeitungsdauer für einen Antrag für die Leistungen aus dem BuT (bitte differenziert nach den entsprechenden Rechtskreisen)?**

*In dem bereits unter 2c) genannten Organisationsgutachten wurden durchschnittliche Bearbeitungszeiten festgelegt:*

- Erstantrag – 67 Minuten
- Folgeantrag – 48 Minuten

Diese haben keinen verbindlichen Charakter; sie stellen eine Empfehlung dar.  
Die tatsächliche Berücksichtigung bzw. Abweichungen kommen entsprechend der Organisation und der Erfahrungswerte in den kreisangehörigen Städten unterschiedlich zur Anwendung.  
Eine Differenzierung nach Rechtskreisen kann nicht getroffen werden.

**e. Wie hoch ist der Bestand an aktuell unbearbeiteten Anträgen?**

- BKGG: 112 unerledigte Anträge
- SGB II: 737 unerledigte Anträge
- SGB XII: 13 unerledigte Anträge

**3) Wie hoch war der vom Bund rechnerisch zugewiesene Haushaltsansatz für die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets (BuT) für das Haushaltsjahr 2013 (SGB II, SGB XII, Kinderzuschlag, Wohngeld - jeweils für die Leistungen sowie separat für die Verwaltung)?**

<b>Bundesbeteiligung KdU 2013</b>	<b>Anteil in %</b>	<b>Anteil in EUR gerundet</b>
<b>Positionen entsprechend der Protokollerklärung aus 2011</b>		
urspr. KdU-Bundesbeteiligung 2011 (NRW)	24,5%	22.990.000
Erhöhung KdU (Warmwasser)	1,9%	1.780.000
Verwaltungskosten Bildung und Teilhabe	1,2%	1.130.000
<i>davon SGB II</i>	<i>1,0%</i>	<i>940.000</i>
<i>davon Kinderzuschlag + Wohngeld</i>	<i>0,2%</i>	<i>190.000</i>
Zwischensumme	27,6%	25.900.000
Mittagessen f. Hortkinder / Schulsozialarbeiter (befristet bis 2013)	2,8%	2.630.000
Leistungen Bildung und Teilhabe (§ 46 Abs. 6 SGB II)	3,4%	3.190.000
<i>darunter SGB II</i>	<i>2,8%</i>	<i>2.600.000</i>
<i>darunter Kinderzuschlag</i>	<i>0,4%</i>	<i>410.000</i>
<i>darunter Wohngeld</i>	<i>0,2%</i>	<i>180.000</i>
<b>KdU Bundesbeteiligung insgesamt</b>	<b>33,8%</b>	<b>31.720.000</b>

Hinweis

Die angefragte, feingliedrige Aufteilung der BBKdU ist Bestandteil einer Protokollerklärung im seinerzeitigen politischen Beratungsprozess 2011 im Vermittlungsausschuss. Dem lag als Grundlage der Aufwand der Kosten der Unterkunft der kommunalen Träger zugrunde. Ziel war es nicht, die konkret entstehenden Kosten auszugleichen.

**Zu Punkt 10.2: Anfrage Stellenausschreibungen Sozialamt;  
mündliche Anfrage von KA Ockel**

KA Ockel begründet seinen Antrag. Herr Richter erklärt, dass es sich bei den Stellen im Sozialamt überwiegend um sogenannte Eingangsstellen des gehobenen Dienstes, die nach A9/A10 bewertet sind, handelt. Dementsprechend groß ist die Fluktuation, weil sich die Stelleninhaber/innen verständlicher Weise nach einiger Zeit auf höherwertige Stellen bewerben.

**Nicht öffentlicher Teil**

[...]

**Ende der Sitzung: 16:51 Uhr**

gez.  
**Michael Pätzold**

gez.  
**Barbara Leuchter**